

Stetig jährlich im Stadt, Orts- und Nachbarschaftsbezirk M. 2.10, außerhalb M. 2.30 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Monatsheftes 10 Pf. Anzeigenpreise sind, mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertage, ...

Geogründet 1877.



Die 1/2spaltige Zeile oder deren Raum 16 Pfennig. Die 1/4spaltige Zeile oder deren Raum 8 Pfennig. ...

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

№ 20 | Druck und Verlag in Altensteig. | Samstag, den 25. Januar. | Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. | 1919.

Zur Lage.

Gottlob, die Wahlen sind vorüber. Es war des Guten zuviel, innerhalb acht Tagen, wie es in Bayern und Württemberg der Fall war, zwei Wahlen von der grundlegenden Bedeutung der ersten, verfassunggebenden Landes- und Nationalversammlung durchzumachen. Kein Wunder, wenn die Beteiligung beim zweiten Wahlgang nachließ; sie ist in Württemberg gegenüber der ersten Wahl um über 2 Prozent geringer gewesen, während in Baden, wo ein 14-tägiger Zwischenraum die beiden Wahlen trennte, die nicht unbedeutliche Steigerung von 52309 Stimmen zu verzeichnen ist. In Baden sind die 14 Mandate für die deutsche Nationalversammlung folgendermaßen unter die Parteien verteilt: Mehrheitssozialdemokratie 7 (früher 1), Zentrum 5 (7), D. dem. Partei 3 (früher 4), Dem. 1, Deutschnationale 1 (1). Von den 17 württ. Mandaten (einschließlich Hohenzollern) fallen auf die Sozialdemokratie 7 (3), D. dem. Partei 4 (früher 5), Nationalliberale 2, Bürgerpartei und Bauernbund 2 (2). In die 45 Sitze, die Bayern (einschließlich Rheinpfalz) zufallen, teilen sich die Parteien wie folgt: Bayer. Volkspartei 18, Sozialdemokratie 15, Deutsche Volkspartei (in Bayern Demokratische Partei und ein Teil der Nationalliberalen) 5, Bayer. Bauernbund 4, Nationalliberale und Mittelpartei 2, Unabh. Sozialisten 1. Wider Erwarten haben sich die Wahlen in der Rheinpfalz noch so zeitig ermüden lassen, daß sie beim Endergebnis, das nach dreitägigem Warten vorläufig für das Reich zusammengestellt ist, noch mit geändert werden konnten. Die Pfalz wählte 2 Zentrumsmitglieder, 2 Sozialdemokraten, 1 Demokraten und 1 Mitglied der Nationalliberalen und Mittelpartei. Während in Württemberg und Baden die Zusammenstellung des Wahlwahlergebnisses keine Schwierigkeiten machte, so daß in der Frühe des 20. Januar schon die ganze Wahl bekannt war, liefen die Nachrichten aus den übrigen Reichsteilen nur langsam ein, vielfach ganz unvollständig und lückenhaft. Das Verhältniswahlverfahren war noch ungenügend und scheint manche Verwirrung gestiftet zu haben. Am Mittwochabend erfährt man aber doch wenigstens die Verteilung der Sitze der Nationalversammlung. Obenan steht wieder die sozialdemokratische Partei mit 164 Abgeordneten, dann folgen Christl. Volkspartei (Zentrum) mit 88, Deutsche dem. Partei mit 77, Deutschnationale Partei mit 34, Unabh. Sozialdemokraten mit 24, Deutsche Volkspartei (Rechtsnationalliberale) 23, Fraktionslose (darunter 4 Wesen, 4 Bayer. Bauernbund, 2 Württ. Bürgerpartei und Bauernbund, 1 Bauern- und Landarbeiterdemokraten) mit 11 Abgeordneten. Elsaß-Lothringen hat nicht gewählt, aus bekannten Gründen, die 12 Mandate des Reichslands kommen also in Wegfall. Auch die Polen in Posen, Westpreußen und Oberschlesien haben sich der Wahl enthalten, sie sähen sich als Angehörige des Polenreichs. Daraus erklären sich die niedrigen Stimmenzahlen im Osten. Der frühere Reichstag setzte sich folgendermaßen zusammen: Zentrum 91, Sozialdemokratie 86, Unabhängige 26, Konservativen, Freisinnigen und Deutsche Fraktion 72, Nationalliberale 48, Fortschrittliche Volkspartei 46, Polen 19, Elsaß-Lothringer (als Partei) 8, Däne 1.

Am 6. Februar, wenn nichts mehr dazwischen kommt, wird die Nationalversammlung in Weimar zusammenzutreten. Zwar hat sich der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der die oberste Gewalt im Reich gegen die Wahl der Stadt der Dichter und Denker ausgesprochen, es wird aber doch dabei sehr Bedenken haben, schon mit Rücksicht auf die süddeutschen Staaten, die für einige Zeit gründlich verunsichert geworden sind. Auch könnte die Reichsregierung mit dem besten Willen keine Gewähr übernehmen, daß die Arbeiter der Nationalversammlung in Berlin vom Spontaktivismus unbehelligt bleiben werden; es wird schon in Weimar des Aufgebots aller Vorichtsmaßregeln gegen Ueberschuldungen bedürfen. Die Aufgabe der Nationalversammlung, die selber eine provisorische Vollregierung darstellt, wird zunächst die Wahl einer provisorischen Reichsregierung sein, bis der noch in diesem Jahr zu wählende Reichstag als die eigentliche und berufene Vertretung des deutschen Volks die ordnungsmäßige Regierung führt. Sodann wird die neue Reichsverfassung beschloffen werden müssen, deren einzelne Teile in verschiedenen Ausschüssen gründlich durchzudenken sind. Der von dem derzeitigen Staatssekretär

des Innern Dr. Preuß vorgelegte Entwurf stellt sich nach der Erklärung des Urhebers in absichtlichen Gegensatz zu dem Verfassungsentwurf Bismarcks. Dr. Preuß sagt in der dem Entwurf beigefügten Deutschschrift: „Der neue Entwurf des Reichs muß ganz bewußt auf den Boden gestellt werden, den Bismarck bei seiner Reichsgründung ganz bewußt nicht betreten hat.“ Er meint damit den Gegensatz zwischen dem auf Macht gegründeten Obrigkeitsstaat unter Führung eines starken Preußen und dem durch die Revolution geschaffenen demokratisch-sozialen Staat. Der Entwurf ist nun aber verschiedentlich auf starken Widerspruch gestoßen. In Preußen hat es Anstoß erregt, daß nach dem Entwurf das alte Königtum in mehrere Teile zerlegt werden soll, während doch der Schutz der Küste gegen einen starken und mächtigen Staat bedinge; in Süddeutschland, besonders in Bayern, will man nichts davon wissen, daß alle wichtigen Verwaltungszweige, das Zoll- und Steuerwesen, Eisenbahnen, Posten und Telegraphen usw. der Reichsgewalt überliefert werden sollen, und man befürchtet, daß mit dem Uebergang der Hauptfinanzquellen an die Reichsverwaltung die Einzelstaaten ihre Rolle überhaupt ausgespielt haben werden. Sehr stark hat es in Bayern verstimmt, als davon die Rede war, daß die Rheinpfalz von Bayern abgetrennt werden solle. Bekanntlich bekundeten auch die Franzosen einen kräftigen Appetit auf die fröhliche Pfalz. — So wird die Ausarbeitung der deutschen Verfassung für die Nationalversammlung eine harte Aufgabe werden, umso mehr als sie kein Werk für augenblickliche Bedürfnisse und Stimmungen sein darf, sondern in den Grundzügen wenigstens für eine fernere Zukunft den Rahmen für eine gedeihliche nationale und wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Volks — einschließlich Deutsch-Oesterreichs — schaffen soll. Am Samstag haben sich Mitglieder der verschiedenen Bundesregierungen und hervorragende Kenner des Staatsrechts in Berlin ein, um den Verfassungsentwurf in Vorbereitung zu nehmen.

Marshall Foch hat sich dieser Tage von einem Zeitungsmanne „interviewen“ und über die Absichten Frankreichs am Rhein ausfragen lassen. In leichtem Plauderton erzählte Generalissimo, wie wohl und sicher sich die Franzosen nach der Zerteilung der deutschen Heere in ihrem neuen Besitztum, dem Land am westlichen Rheintufer, fühlen und welches Vergnügen ihnen der Reichs- und des Saargebietes mache, aus dem sie edelmütig auch anderen, z. B. den Schweizern, eine Freude machen wollen. Vor Deutschland brauche den Franzosen nicht mehr bange zu sein. Es sei aber auch kein Grund, Deutschland zu bemitleiden, denn es werde sich schon wieder erholen. Der übermütige Hohn entspricht ohne Zweifel ganz den Absichten der französischen Regierungskreise. Man hat sich in Paris in den Kopf gesetzt, den Rhein zur Grenze zu machen, ob Wilson will oder nicht. Jedenfalls wird dafür einmal Stimmung gemacht. Ob England die Forderung auf der gegenwärtigen „Friedenskonferenz“ unterstützen wird? In Paris scheint man es zu glauben, vielleicht hegt man in London ähnliche Aspirationen. Hat doch die amtliche französische Telegraphenagentur, das Bureau Havas, erst gemeldet, die großbritannische Regierung habe beschlossen, während der Dauer von ungefähr sechs Monaten ein Besatzungsheer am Rhein zurückzulassen, das mit den Verbündeten zusammen wirken werde. Grund: die Lage in Deutschland sei unsicher und Deutschland beachte die Waffenstillstandsbedingungen nicht. Das heißt doch wohl, daß die Feinde auch nach Ablauf des Waffenstillstands und nach Friedensschluß am Rhein dauernd Streitkräfte halten wollen. Das verschaffe ihnen die prächtigste Gelegenheit, „zur Strafe für die Nichtbeachtung der Waffenstillstandsbedingungen“, die Rheinlande ihren Reichtum und ihre industrielle Erzeugung in Masse gründlich kenne zu lernen, für sich auszunutzen und Deutschland diese Quelle neuen wirtschaftlichen Emporkommens zu verstopfen. Da heißt es die Augen offen halten! Freilich, bei den Friedensbedingungen haben wir ja gar nicht mitzureden. Ist es auch schon einmal vorgekommen, daß nach einem Kriege eine Friedenskonferenz zusammentrat, an der nur eine Partei teilnahm? Die gegenwärtigen Verhandlungen in Paris sind keine Friedenskonferenz, sondern ein Gerichtshof, wo über einen in Ketten gelegten Verbrecher abgeurteilt wird. Die Verhandlungen sind geheim, obgleich Wilson in seinen 14 Punkten die Geheimhaltung im amtlichen Verkehr der Staaten, diese Lockfalle des alten Regimes, mit Stumpf und Stil antrotzen zu wollen gelobt hat. Wir erfahren also nicht von dem, was sie in Paris über uns beschließen, wenigstens

nichts Beglaubigtes; wir können uns nicht verteidigen, nicht verwehren. Es ist System darin. Denn schon seit es als international ausgemachte Sache zu gelten, daß Deutschland den Krieg angezettelt, angefangen und mit ausgesuchten Grenen geführt hat, und in staatlichem Auftrag haben Staatsrechtslehrer in London und Paris Gutachten ausgearbeitet, die beweisen sollen, daß der deutsche Kaiser, seine Söhne und Generale, Minister, Diplomaten, Politiker usw., zusammen über 500 Personen vor das Hochgericht der Entente nach Völkerbrauch gestellt werden können und müssen. Die politische Einkreisung Deutschlands durch Eduard VII. war gefährlich; die moralische aber, die seit Kriegsbeginn im Werke ist, droht noch gefährlicher zu werden. Sie kostet uns unsere Ehre.

Und mit dem Völkerbund ist es auch so eine Sache. Der Bund wird vom Verband so gegründet, wie es den Interessen vor allem Amerikas, Englands und Frankreichs entspricht. Die anderen Völker können nicht mitreden. Sie können sich bloß anschließen. Deutschland aber darf nur aufgenommen werden, wenn es sich den Bestimmungen des „Bunds“ bedingungslos unterwirft. So viel weiß man jetzt schon, daß Amerika und England ihre Völkermacht bedeutend steigern werden, denn sie werden die Völkerpolizei sein, Frankreich aber wird als „äußerste Schildwache“ ein schlagfertiges Heer unterhalten. Nun, mögen sie es tun, wenn sie nur dann den anderen Völkern nicht zumuten, die Polizei- und Wachtrohen zu tragen.

Im Osten rücken die Dinge der Entscheidung entgegen. Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat den Oberbefehl über die neugebildete Ostfront übernommen und von Ostpreußen bzw. Posen und Schlesien aus wird trotz der ungünstigen Jahreszeit gegen Polen und Bolschewisten der deutsche Boden verteidigt und den noch draußen harrenden Kameraden Hilfe gebracht. Die Entente hat den Griff ins bolschewistische Weizenneß nicht gewagt, sie sucht sich jetzt mit dem Bolschewismus in freundschaftlicher Weise auseinanderzusetzen und hat auf den Prinzeninseln im Marmarameer zu dem Zweck eine Besprechung mit den Vertretern der verschiedenen russischen Regierungen in die Wege geleitet. Die französische Presse gibt zu, daß die Verbandsmächte sich zu diesem Schritt nicht aus Begeisterung für Rußland, sondern aus Furcht, der Bolschewismus könne auch bei ihnen Fuß fassen, entschlossen haben. Mit den Polen soll eine ähnliche Konferenz stattfinden. Verschiedene Pariser Blätter bezweifeln, ob die Konferenzen den gewünschten Erfolge haben werden und darin dürften sie Recht behalten.

Inhaltbare Zustände.

Unsere Lebensmittelvorräte schmelzen rasch zusammen. In der Waffenstillstandskommission ist nur allerdings erwirkt worden, daß der feindliche Verband in eine Rohaushilfe eingewilligt hat, aber diese Rohhilfe ist sehr teuer zu bezahlen und erstreckt sich nur auf Kranke, Kinder, werdende und stillende Mütter und einzelne besondere Arbeiterorten. Für 30 Millionen Dollars oder 126 Mill. Mark sollen Lebensmittel zur Verfügung gestellt werden, die bei den heutigen hohen Preisen zur Beschaffung von etwa 70 000 Tonnen Speisefett, 50 000 Tonnen Weizen, gewissen Mengen eingedickter Milch, Hasfermehl, Reis und Fleischwaren ausreichen würden. Das ist für ein großes Volk so wenig, daß es die allgemeine Ernährung nur unbedeutend beeinflussen kann. Dagegen ist die gesamte fahrbereite Handelsflotte sofort den verbündeten Mächten anzulieferen, alle Schiffe müssen instandgesetzt und ausgerüstet werden und sehr große Mengen von Kohlen, Eisen, Kali und Industrieerzeugnissen müssen teils unmittelbar an Zahlungsort gegeben oder sonst ins Ausland verkauft werden, damit aus dem Erdis die Rechnung der Amerikaner beglichen werden kann. Ein solch ungleiches Geschäft dürfte noch nicht oft vorgekommen sein. Aber wird sind in der Notlage und müssen bezahlen, was man von und fordert. Die Frage ist nun aber, ob wir überhaupt imstande sein werden, die harten Bedingungen zu erfüllen. Den Augenblick, wo die deutschen Schiffe ein Tauschgegenstand gegen Brot sein sollen, benötigen die Hamburger Seeleute, um durch Streik und Gewalt Forderungen aufzustellen, die nicht im Handumdrehen zu erledigen sind und die zum Teil den internationalen Wettbewerb der deutschen Handelsflotte ausschalten würden. Und in der Zeit, wo alle Hände sich regen sollen, ankernde Schiffe auszubessern, wollen die Arbeiter der Vulkanwerft einen „Sympathie-



heit für die Seeleute in Szene setzen in einer Sache, die sie gar nicht angeht. In den Vergewerten wird ge-
schickt oder ist die Förderung, wie der „Vorwärts“ be-
richtet, verschwindend klein. Wie sollen wir da die ver-
langte Gegenleistung ausbringen, ohne die wir nicht nagels-
groß erhalten werden! Und Zufahren müssen wir haben.
Im Vertrauen auf ihre Möglichkeit haben wir ja bereits
unser Vorgehen über Verhältnisse in Anspruch genommen.
Andererseits ist durch den großen Arbeitermangel auf dem
Lande, wie heute halbamtlich aus Berlin gemeldet wird,
gerade die Frühjahrsernte in Frage gestellt. An-
nähernd 600.000 Arbeitskräfte fehlen auf dem Lande und
niemand ist, der aus der Stadt hinaus wollte. Es ist
Zeit, daß man da endlich nach dem Rechten sieht. Der
halbamtliche Bericht besagt denn auch: Wegen die er-
lösenden amwachsende Arbeitslosigkeit muß mit scharfen
Maßnahmen aufzutreten werden und die Regierung wird
nicht länger zaudern, radikal durchzugreifen.

Hamburg, 24. Jan. Die Seeleute zogen heute
wieder vor das Rathaus zum Arbeiter- und Soldatenrat
und verlangten die Entscheidung über ihre Forderung
betr. Aufhebung der Seemannsordnung. Der Rat er-
widerte, daß die Frage der Nationalversammlung vor-
gelegt werde. Die Seeleute bedrohten den Vorsitzenden
des Zentralrats, Dene, und verbrannten vor dem Rat-
haus die Seemannsordnung auf einem Scheiterhaufen.
Sie erklärten, kein Schiff dürfe den Hafen verlassen, ehe
nicht ihre Forderungen erfüllt seien. Die Arbeiter der
Sulfanwerke wollten die Seeleute durch einen Streik unter-
stützen.

Neues vom Tage. Das Stimmenverhältnis.

Berlin, 24. Jan. Der „Reichsanzeiger“ veröffent-
licht eine vorläufige Zusammenstellung der Wahlergebnisse
ausführlich der Wahl. Eine Zusammenrechnung der
dort angegebenen Stimmenganz ergibt vom Kräftever-
hältnis der Parteien folgendes Bild: Es erhielten So-
zialdemokraten 11.112.450 Stimmen, Unabhängige
2.186.365 Stimmen, Deutsche demokratische Partei
5.552.936 St., Christl. Volkspartei (Zentr.) 3.386.804
Stimmen, Deutsch-natl. Volkspartei 2.791.126 Stimmen,
Deutsche Volkspartei (Stresemann) 1.106.408 Stimmen,
Bayerischer Bauernbund 773.718 Stimmen, Bayerische
Mittelpartei 11.955 Stimmen, Schleswig-holstein. Bau-
ernbund 58.482 Stimmen, Braunschweiger Landesverband
56.675 Stimmen. Darnach sind 15.775.174 bürgerliche
Stimmen abgegeben worden, gegen 13.298.705 soz.-
demokratische.

Reichskonferenz.

Berlin, 24. Jan. Am 28. Jan. findet in Weimar
eine Besprechung von Regierungsvertretern der Bundes-
staaten über Finanz- und Steuerfragen statt.

Agrarreform.

Berlin, 24. Jan. In der „Deutschen Allgem. Ztg.“
wird geschrieben: In den dringenden Aufgaben, die der
Neubau unserer Volkswirtschaft uns stellt, gehört auch
die Agrarreform. Wir müssen durch Hebung der Lan-
dwirtschaft einen weiteren kraftvollen inneren Markt
schaffen. Und das ist nur möglich durch eine intensive
Wirtschaft, die möglichst viel Arbeitskräfte in Anspruch
nimmt. Der Arbeitslosigkeit in der Industrie können
wir nur steuern, wenn wir auf dem flachen Lande Ar-
beits- und Siedelungsmöglichkeiten schaffen. Dazu drängt
uns die Notwendigkeit, Lebensmittel soviel wie möglich
auf eigenem Boden zu gewinnen. Die Regierung ist
bemüht, dem Bedürfnis nach Land nachzukommen und
insbesondere die innere Kolonisierung energisch zu för-
dern.

Berlin, 24. Jan. Der frühere Berliner Postge-
bäudepräsident Eichhorn soll sich in Braunschweig auf-
halten, nach anderen Nachrichten sich in Schweden be-
finden.

Der Krieg im Osten.

Bromberg, 24. Jan. (Amlich.) Im Laufe des
gestrigen Tags geringe Patrouillentätigkeit. Eigene Ar-
tillerie beschloß Bandenansammlungen in Neuhwalde und
beläufige Maschinengewehrschüsse und feindliche Batterien
am oberen Reffelkanal.

Braunschweig, 24. Jan. Der Arbeiter- und Sol-
datenrat beschloß, den bürgerlichen Zeitungen die be-
dürftlichen Anzeigen zu entziehen.

London, 24. Jan. Die Bolschewisten sind in der
Gegend von Orenburg vorgerückt und haben diese Stadt
besetzt.

Gelohene Mannszucht deutscher Truppen.

Berlin, 24. Jan. Wie aus Kiew mitgeteilt wird,
erzwingen immer noch einzelne disziplinlose Truppen ihren
vorzeitigen Abtransport aus dem Osten. Trotz aller Ge-
wahnungen und Hinweise auf die Unamerikabilität ihres
Verhaltens und die dadurch eintretenden Transport-
erschwernisse für die Gesamtheit bemühten sie sich, zum
Teil den überzogenen Bahnplan verlassen, rückwärtslos
durchfahrende Leertzüge, die für weiter östlich befindliche
Truppen bestimmt sind. Diese Nichtbeachtung der ge-
gebenen Weisungen und Befehle hat Störungen zur Folge,
die den Abtransport der Gesamtheit verzögern und ge-
fährden. Es ist klar, daß dieses Verfahren die für den
Rücktransport festgelegten Pläne der verantwortlichen Be-
hörden in ernstester Weise stört und daß durch sie die
sonst bis Ende Januar durchführbare Räumung der
Ukraine hinausgeschoben wird. Die Erbitterung der durch
ihre rücksichtslosen Kameraden benachteiligten Truppen-
teile äußert sich in den dringenden Bitten, durch Bezeich-
nung die pflichtvergessenen Truppenteile in der Presse
zu brandmarken.

Die Leichen aus Vostawa.

Berlin, 24. Jan. Nach einem Funktelegramm
aus Kiew besaßen sich die letzten Truppen von Vostawa
auf dem Heimtransport und senden ihren Angehörigen
Grüße. Es sind dies die 1. Kavalleriedivision, das Lan-
dwehrfeldartillerieregiment 121, das Landwehrinfanterie-
regiment 404, Gren-Jägerbataillon 597.

Die russischen Kriegsgefangenen.

Bern, 24. Jan. Wie das internationale Komitee
vom Roten Kreuz mitteilt, werden die russischen Kriegs-
gefangenen in Deutschland nicht eher zurückkehren, als bis
jede Gefahr beizichtigt ist, die sie in Russland der Hun-
gernot und der Dürre tödlicher Opfer zu bringen in
die Arme treiben könnte.

Schiffswirtschaft.

London, 24. Jan. Die „Times“ erzählt aus
Omsk: Die bolschewistische Blätter melden, sind in Ke-
lerburg und Tensa 14.000 Arbeiter Tag und Nacht
mit der Herstellung von Papiergeld beschäftigt. Pe-
terburg liefert 90 Millionen Rubel täglich, Tensa 250
Millionen Rubel. Neben ihrer Lösung erhalten die
bolschewistischen Soldaten an der Front 20 Rubel
für jede Stunde, die sie im Gefecht sind. Jeder Soldat,
der an der Eroberung von Isha teilnahm, erhielt 1000
Rubel.

Das amtliche Organ der Bolschewisten in Mos-
kau, „Iswestija“, veröffentlicht eine Mitteilung des
Finanzkommissars, wonach der Aufschlag für die letzten
6 Monate 246 Millionen Rubel betrug. Der Ver-
brauch des Kriegskommissars ist nicht veröffentlicht wor-
den. Ebenso halten die Bolschewisten das finanzielle
Ergebnis der Sozialisierung der Industrie und des Han-
dels geheim.

Ausweisung eines Sozialisten.

Stockholm, 24. Jan. Der russische Sozialist
Borowski hat dem „Hollens Tagblad“ zufolge von der
schwedischen Regierung die Aufforderung erhalten, mit
seinem ganzen Personal Schweden spätestens am 27. Tag
abends zu verlassen.

Die Friedenskonferenz.

Neuhork, 24. Jan. Die „New York Sun“ meldet
aus Paris, daß die Friedenskonferenz gestern über die
Rüstungsbeschränkungen verhandelt habe. Lloyd George
setzte auseinander, die britische Flotte dürfe nicht beschränkt
werden. Clemenceau gab der Meinung Ausdruck, daß
Frankreich ein Heer haben müsse, das größer sei als je.

Brüssel, 24. Jan. Wie verlautet, sind die Allier-
ten nicht geneigt, die Großherzogin Charlotte von Luxem-
burg anzuerkennen. Die Frage werde erst auf der Fried-
denskonferenz behandelt werden. (Großherzogin Char-
lotte hat kürzlich noch der Abankung ihrer Schwester Ab-
heid die Regierung übernommen. D. Schr.)

Neuhork, 24. Jan. „N. Herald“ meldet, Wilson
habe die Staaten von Mittel- und Südamerika ange-
fordert, in den Völkerbund einzutreten.

Zwangsverwaltung deutscher Werke.

Bern, 24. Jan. Wie aus Metz gemeldet wird,
sind die deutschen Etahwerke in Dageubingen
(Lothringen) von der französischen Regierung unter
Zwangsverwaltung gestellt worden, sie werden aber, mit
ihre vielen Arbeiter nicht brotlos zu machen, in Betrieb
bleiben.

Der Nervus rerum.

London, 24. Jan. „News Agency“ meldet, die
englische Regierung habe Frankreich vorgeschlagen, alle
russischen Regierungen, auch die Bolschewiki, zu einem
Waffenstillstand und zur Teilnahme an der Friedenskon-
ferenz einzuladen, Frankreich habe aber entschieden abge-
lehnt, und zwar sei Frankreich deshalb so schärfst auf
die Sowjetregierung zu sprechen, weil diese die 24 Mil-
liarden-Anleihen Frankreichs für ungültig erklärt hatte.
Die Sowjetregierung sei übrigens nicht abgeneigt, dar-
über in Verhandlungen einzutreten (d. h. die Staats-
schuld an Frankreich wieder anzuerkennen).

Paris, 23. Jan. Das Kriegsministerium ordnete
die Demobilisation der Jahrgangsklassen 1890 bis 1906 an.

Schmerzlich.

Paris, 24. Jan. Der Minister des Auswärtigen
Bichon gab in der Kammer seinem Bedauern Ausdruck,
daß in Orten Elsas-Lothringens Kundgebungen gegen
Frankreich stattgefunden haben.

Schiffsanfall.

Paris, 24. Jan. (Havas.) Das französische Tor-
pedoboot 325 stieß am 21. Januar an der Ostküste von
Tunis auf eine Mine. Der Kommandant und 7 Ma-
trosen wurden getötet, 18 Personen werden vermisst.

Streik in England.

London, 23. Jan. (Neuer.) Der Arbeiterratsrat
im Cind-Bezirk billigte die Vorbereitungen für den
am 28. Januar zu Gunsten der 40stündigen Arbeits-
woche geplanten Streik der Schiffswärter. Die
städtischen Arbeiter von Glasgow werden sich anschließen.

Zweiter Simplontunnel.

Bern, 23. Jan. Wie die „Evoca“ aus angeblich
zuverlässiger Quelle wissen will, soll demnächst zwischen
der Schweiz und Italien ein Vertrag über die Vollenbung
des zweiten Simplontunnels zustande kommen, der noch
in diesem Jahre fertiggestellt und zu Beginn 1920 dem
Betrieb übergeben werden soll.

Rom, 24. Jan. Wie der „Corriere della Sera“
berichtet, ist unter Aufsicht der schweizerischen Gesand-
schaft mit der Räumung des Palaco Caffarelli, des ehe-
maligen deutschen Botschaftsgebäudes in Rom, begonnen
worden.

Vom internationalen Sozialistenkongress.

Bern, 24. Jan. Das „Berne Intelligenzblatt“ teilt
mit, der bayerische Ministerpräsident Eisner wird an
der Berner Sozialistenkongress teilnehmen. Die „Berne
Togwacht“ erzählt, Friedrich Adler habe am Berner
Kongress teilnehmen wollen, er habe jedoch auf Bestimmung
der Entente als Mörder des Ministers Stürgch von der
schweizerischen Regierung keine Reisepässe erhalten.

Athen, 24. Jan. (Neuer.) Aus Konstantinopel wird
berichtet, daß Marschall Kamil Mahmud Pascha, der Be-
fehlshaber der 3. türkischen Armee, unter der Anklage
der Tötung von Griechen und Armeniern verhaftet wor-
den ist.

Eröffnung der württembergischen Landesversammlung.

(-) **Stuttgart, 23. Jan.** Präsi. Reiff führte in seiner
Ansprache weiter aus: Wir wissen, daß das Siegesbewußt-
sein der Nachhaber der feindlichen Staaten uns überaus
bedrückende Bedingungen auferlegt, die wir in unserer Macht-
losigkeit nicht abwehren können. Aber wir dürfen nicht
geduldig und schweigend alles hinnehmen; wir wissen, wo
man die Lebensmöglichkeit unseres Volkes unterbindet und
uns erdrücken will, die Völker der Welt anrufen und ihr
Gewissen davon mahnen, daß die Gerechtigkeit die Grund-
lage des Völkerebens sein muß. Unserem Volk, das in
seinen breiten Massen das Völkereben nicht verstanden
hat, kann der Anspruch auf Lust und Licht nicht versagt
werden. Es würde aber dem Untergang geweiht sein,
wenn alle die Pläne ausgeführt würden, die gegen uns
erlassen sind. Die beste Organisation würde uns nichts
nützen, wenn wir auf unabsehbare Zeit hinaus zu Fron-
arbeiten für die feindlichen Eroberer verurteilt wären.
Darum wollen wir auch vom Boden unseres Einzelstaats
aus unserer Haut wehren und unser Recht, ein großes
Volk zu sein, vor aller Welt mit Nachdruck betonen.

Gegen den Vorschlag Reiff, die Geschäftsordnung der bis-
herigen Zweiten Kammer vorerst den Beratungen zugrunde zu
legen, erhob Crispian Protest. Es entsann sich eine De-
batte, wobei Crispian Reiff Vorschlag unterstützte. Als jester-
zeit der Reichstag zusammengetreten sei, habe man ohne weiteres
die Geschäftsordnung des preussischen Landtags angenommen. Mit
so einfachen Fragen solle man nicht die Zeit verlieren. Reiff
Vorschlag wurde gegen die Stimmen der 4 Unabhängigen ange-
nommen.

Zum ersten Vizepräsidenten wurde dann gleichfalls
in gleicher Abstammung von 142 abgegebenen Stimmen mit 134
Stimmen Hr. Reiff (D.D.P.) gewählt; zweiter Vizepräsident
wurde der Zentrumsgewählte Walter mit 136 Stimmen.
Durch Jurell wurden zu Schriftführern gewählt: Kurt
Sagert, Pöchner, Staud amaler, Pöcher, Groß (So-
zialist), Kapp und Dr. Roth. Sodann wurde ein Ge-
schäftsordnungs- und ein Legitimationsausschuß, beide bestehend
aus je 15 Mitgliedern, bestmmt.

Stuttgart, 24. Januar.

Präsident Reiff eröffnet die Sitzung um 4 1/2 Uhr.
Der Berichterstatter des Legitimationsausschusses, Groß
(D.D.P.) teilt das Ergebnis der Beratungen desselben mit,
nach welchem der Ausschuss mit allen gegen eine Stimme be-
schlossen hat, die Wahlen für rechtmäßig zu erklären und eine
von Crispian und Gen. eingereichte Beschwerde über die
Gültigkeit der Wahl abzulehnen. Hr. Crispian protestiert
dagegen. Die Beschwerde der Unabh. führt an einen Staatsrechtl.
Ausschuss überwiesen werden sollen. Durch die Verhinderung der
Führer der Sozialisten seien diese der Wahlaktion entzogen
worden und es sehr deshalb sei, daß eine Wahlverschiebung
hinzuverfügt habe.

Hr. Haugmann (D.D.P.): Wenn die Beschwerdeführer
nicht gewollt haben, daß ihre Beschwerde vom dem Legitimations-
ausschuß, sondern von einem staatsrechtlichen Ausschuss, der
übrigens noch gar nicht besteht, hätte behandelt werden sollen,
so hätten Sie dieses Verlangen gleichfalls mit der Einbringung
des Antrags ausdrücken sollen. Selbständig kann aber nur der
Legitimationsausschuß urteilen. Mehr als 30.000 Stimmen wären
erforderlich gewesen, um eine Verhinderung des Wahlergebnisses
zu veranlassen. Unter der neuen Wahloberung nicht abwesens der
Name des früheren Ministers und jetzigen Abgeordneten Cris-
pian (Allgemeine Hetzerheit). Keinesfalls hat also Herr Cris-
pian ein Recht, die rechtmäßige Behandlung seiner Beschwerde durch
den Legitimationsausschuß anzuzweifeln.

Der verfassunggebenden Landesversammlung ist der Entwurf
eines Gesetzes betreffend die Bemehrung einer Entschädigung an
ihre Mitglieder zugegangen. Sie sollen erhalten neben der
bereits gemeldeten freien Fahrt auf den württ. Eisenbahnen
für die Dauer der ersten Sitzungsperiode eine Aufwandsent-
schädigung von 1500 Mk., wovon 200 Mk. am 31. Januar,
je 300 Mk. am 28. Februar und 300 Mk. März und der Rest
am Ende der Sitzung der Landesversammlung zahlbar sind;
soweit sie nicht am Ort der Versammlung wohnenden Mitglieder
vor oder nach einem Sitzungstag am Ort der Versammlung
übernachten, erhalten sie außerdem einen Zuschlag von je 5 Mk.
Für jeden Tag, an dem ein Mitglied der Landesversammlung
der Versammlung ferngeblieben ist, wird der Betrag von 25 Mk.
in Abzug gebracht.

Das Kassen- und Rechnungswesen der Staatskassenkasse
ist bei den monatlichen Kassenführern, sowie bei einem, am
19. Dezember 1918 vorgenommenen unermittelten Kassenaudit in
Ordnung gefunden worden. Der Stand der Staatskassen bei
dem Kassenaudit am 30. November 1918 betrug 694.568.000 Mk.,
d. h. gegenüber dem Stand Ende Januar 1918 mehr 7.721.000.

Amtliches.

Bekanntmachung der Zentralstelle für Gewerbe und Handel betr. Fachkurse für Bauhandwerker.

Bei genügender Beteiligung werden folgende Kurse ab-
gehalten in Stuttgart: Für Altere Zimmerpolierer u. Mei-
ßer, Maurer u. Steinbauer, Gipser, Baufacharbeiter, Installate-
ure und Bautechniker. Beginn 2. Febr. 1919. Dauer
2-6 Wochen. Anmeldungen an die Handwerkskammer in
Stuttgart.

Die württ. Verfassungskommission Nr. 742 enthält u. a. folgende Namen: Johs. Schleich, Agendach, ...

Weinbeschaffungspreise in der Pfalz. Die französische Besatzung in der Pfalz hat für den bayerischen 'Schoppen' (1/2 Liter) Wein den Ausschankpreis von 1 Mark festgesetzt.

Schlimme Aussichten für die Raucher. Die Berliner 'Tabakzeitung' beurteilt die Aussichten der deutschen Raucher sehr ungünstig.

Kriegsanleihe. Es ist bekannt geworden, daß auf dem Lande von Geschäftsmännern aus der Stadt Kriegsanleihe ausgelöst wird.

Feuerversicherung. Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Württemberg ist ein Gewerbetreibender nicht verpflichtet, den ihm zur Verarbeitung übergebenen Rohstoff gegen Feuergefahr zu versichern.

Postfachverkehr. Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten (Verkehrsabteilung) hat folgende Anordnung erlassen: Am 1. Januar 1919 sind 10 Jahre seit der Einführung des Postfachverkehrs verstrichen.

Hochdorf O. A. Horb, 21. Jan. Bei der heutigen Ortsvorsteherwahl erhielten Herr Prof. Pfeiffer in Troßingen, gebürtig von Göttingen, O. A. Freudenstadt, 114 Stimmen.

Rohrdorf. Bei der gestern abgehaltenen Schultheisenerwahl erhielten die Herren Christof Schmid von Schnaich (Weinsberg) 67 und Wilhelm Walter-Sindlingen 34 St. Herr Schmid ist also gewählt.

Stuttgart, 23. Jan. (Ev. Landeskommission) Am Fortgang der Beratung über Wählbarkeit und Wählbarkeit in der Donnerstags-Sitzung begründete der Abgeordnete D. von Römer seine Ablehnung des passiven Wahlrechts der Frau mit dem Standpunkt der Bibel und der 2000jährigen christlichen Sitte.

Stuttgart, 24. Jan. (Berufung) Die vork. Regierung hat eine Ratshilfe bei dem Ministerium des Kirchen- und Schulwesens dem Rektor Dr. Reinhold am Heilbronner Lehrerseminar unter Verleihung des Titels eines Ministerialrats übertragen.

Stuttgart, 24. Jan. (Einspruch) Der Landesauschuss der Soldatenräte Württembergs hat im Einvernehmen mit dem Kriegsminister bei dem Rat der Volksbeauftragten in Berlin gegen die Reanstellung von Infanteristen, Einstellung von Militärpferden u. a. durch das preuss. Kriegsministerium telegraphisch Einspruch erhoben.

Stuttgart, 24. Jan. (Städtisches Geld) Die Gültigkeitsdauer der städt. Geldscheine in Württemberg von fünf Mark und zwanzig Mark wird bis 1. April 1919 verlängert.

Neuffen, 24. Jan. (Ein Gutefeld) Der schweizerische Schleichhändler Frey, der seinerzeit von Arbeiter- und Soldatenrat aus dem Gefängnis in Freiheit gesetzt worden war, fuhr ein Fahrzeug.

Gmünd, 24. Jan. (Erwischt) In der Paradiesstraße wurde ein Raubkasten der Fernsprechanleitung erbrochen und sämtliche Sicherungen herausgenommen.

Stuttgart, 23. Jan. (Einigungsverhandlungen) Zwischen dem Bund der technisch-industriellen Beamten und dem Deutschen Techniker-Verband schweben Verhandlungen bezüglich einer Vereinigung.

Vom Bodensee, 24. Jan. (Schmuggel) Nationalrat Karl Großhans in Konstanz ist von der Schweizer Grenzpolizei in Zusammenhang mit einer Schmuggelgeschäfte verhaftet worden.

Stuttgart, 24. Jan. (Strafkammer) Der italienische Jemtarbeiter Hundert Mallotti beteiligte sich im vergangenen Sommer an einem schweren Diebstahl in der Fabrikstraße in der Kronenstraße.

Die 20-jährige Schlosserlehrende Barbara Magarin hat heute den Kinderwagen neben den geheizten Ofen, derweil sie in der Küche beschäftigt war. Eine Decke lag Feuer und als die Frau, durch den Rauch aufmerksam gemacht, herbeikam, war das Kind tot.

Witze vom Tage. Hausliche Mitteilung. 'Schimpf! altwelt! aber schlechter Bier und kommt nie vor Dreizehn! boom - was habts denn altwelt zum Döschterieren?' - 'Abers! schlechtes Bier schmeckt jaan ma.'

Letzte Nachrichten.

Berlin, 25. Jan. Wie der Berl. Lokalanz. erfährt, herrscht bei den Grenzschutztruppen nicht nur Mangel an Offizieren, sondern in besonderem Maße auch ein Mangel an Ärzten.

Berlin, 25. Jan. Einer Depesche des Berl. Tageblatts aus Paris zufolge erklärte der italienische Delegierte Gabris einem Vertreter des 'Petit Parisien' in Paris, daß die Italer die Hilfe der Entente verlangen.

Bern, 25. Jan. Die italienische Mission, die nach Deutschland geschickt wurde, um die Heimbefreiung der italienischen Gefangenen zu regeln, erklärt, daß die italienischen Gefangenen in Deutschland mit Ausnahme von 400 Genesenden und 100 nicht transportfähigen Kranken jetzt in die Heimat zurückgeführt sind.

Bern, 25. Jan. Wie wir erfahren, hat sich Henderson auf telegraphische Einladung von Balfour nach Paris begeben, um dort die englischen Entwürfe für die Aufnahme der Arbeiterklausel in den Friedensvertrag zu überprüfen.

Hamburg, 25. Jan. Gestern fand eine von mehreren Tausenden besuchte Versammlung statt zur Gründung einer antibolschewistischen Liga.

Prag, 25. Jan. Die hiesigen städtischen, elektrischen Unternehmungen sind in den Ausstand getreten.

Paris, 25. Jan. (Reuter.) Zwischen den Vertretern der Großmächte fand im Quai d'Orsay eine neue Zusammenkunft statt. Gestern Morgen wurde mit der Abwendung der drohenden Aufforderung an die leitenden Gruppen in Russland zur Entsendung von je drei Vertretern nach den Bringen-Inseln, um mit den Delegierten der assoziierten Länder zu verhandeln, begonnen.

Madrid, 25. Jan. (Reuter.) Nach einem Bericht aus Lissabon ist am 23. Jan. nachmittags die Nachricht eingetroffen, daß in Lissabon die Monarchie ausgerufen wurde.

Paris, 25. Jan. (Havas.) Die Angestellten der Straßenbahn und Automobilrosisten in Paris, sowie die Konduktoren der Métropolitain und der Nord-Südbahn haben den Streik beendigt.

Berlin, 25. Januar. Die rührige estnische Autonomienpartei läßt, wie verschiedenen Morgenblättern aus München berichtet wird, sämtliche nach Autonomie und Unabhängigkeit strebenden Völker ein, sich dem von ihr angeregten Völkerbund der unterdrückten Stämme anzuschließen.

Berlin, 25. Jan. Heute beginnen in Berlin die Beratungen zwischen den Vertretern der Einzelstaaten über den Entwurf der Reichsverfassung.

Im 'Vorwärts' wird der Sturm gegen den Verfassungsentwurf von Professor Rabbrud besprochen und gesagt: Bei der Sozialdemokratie sieht es mit Entschiedenheit fest, den Entwurf Preuß. durchzusetzen.

Berlin, 25. Jan. Das 'Berliner Tageblatt' läßt sich aus Weimar melden, daß zur Nationalversammlung der Rat der Volksbeauftragten geschlossen nach Weimar verlegt werde.

Belgrad, 25. Jan. (Wien. Korr. Bur.) Wie verlautet, wird Kronprinz Alexander die Pariser Reise nicht antreten wegen der Befürchtung einer republikanischen Gärung. Die Abwesenheit des Kronprinzen böte den auf Umsturz Bedachten eine günstige Gelegenheit, die Republik auszurufen.

Wutmaßliches Wetter.

Das Hoch über Süddeutschland nimmt an Stärke zu, so daß am Sonntag und Montag trockenes und kaltes Wetter zu erwarten ist.

Text und Verlag: B. Kiefer'schen Buchdruckerei Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Saul.

Altensteig-Stadt.

Die Stadtgemeinde vergibt die

Herstellung eines Holzabfuhrwegs im Stadtwald Markthalbe

Plan, Kostenveranschlag (1500 M.) und Abfuhrbedingungen liegen zur Einsicht auf dem Rathaus auf.

Schriftliche Angebote sind spätestens bis
Montag, den 3. Februar d. J., nachm. 2 Uhr
einzureichen.

Den 26. Januar 1919.

Stadtschultheißenamt:
Welker.

Altensteig-Stadt.

Friedrich Wacker, Bäcker hier, bringt süßes den in Nr. 17
26. Blattes zum Verkauf ausgeschriebenen Grundstücke am

Montag, den 27. Jan. ds. Js., nachm. 4 Uhr
auf dem hies. Rathaus nachmittags zur Versteigerung:

Geb. Nr. 148 u. 148a 1 ar 72 qm



Wohnhaus mit Stallanbau, Schuppen und Hofraum.

Das Haus befindet sich in günstiger Lage an der Poststraße. Bei
annehmbarem Angebot findet keine weitere Versteigerung statt.

Den 26. Januar 1919.

Ratschreiberei.

Sehe meinen am Gansberg gegenüber von Privatier
Wurster gelegenen

Obst- und Gemüse-Garten dem Verkauf aus.

Es kann jederzeit ein Kauf abgeschlossen werden.

Johann Braun
Sattlerstr., Altensteig.

3-5 Zimmer-Wohnung sucht zu mieten oder ein Wohnhaus in freundl. Lage zu kaufen.

Wer? — sagt die Redaktion dieses Blattes.

Fussboden - Riemen, Brüstungstüfel-Bretter

und sonstige Hobelware liefern wieder fortlaufend
Graf u. Kohler, Säge- und Hobelwerk
Dornstetten. Telefon Nr. 1.

Altensteig.

Graupen- Mühlen

sind wieder eingetroffen bei

W. Beerl.

Achtung!

Schlachtpferde guter Qualität

kauf fortwährend

Ludwig Henzler
Pferdeschlächter, Wildbad

Altensteig.

Alt Eisen, Guß, Maschinen und Metall aller Art

kauft zu den Tagespreisen

Paul Wallraff.

Glaubersalz

ist frisch eingetroffen und empfiehlt
solches geeigneter Abnahme billigst

E. W. Luz Nachf.
Freih Bühler jr.
Altensteig.

Altensteig-Stadt.

Kauf

Aushilfsmarke 8

werden vom Montag, den 27.
ds. Mts. ab bei

Friedrich Rau, Bäcker,
Heinr. Henzler, Kaufm.
Georg Rothfuß
Hans Schmidt und
Schwarz Witwe.

400 Gramm Marmelade
das Pfund zu 1 M. abgegeben.

Den 24. Jan. 1919

Stadtschulth.-Amt.

Zufa

20-30 Ztr.

Streu-Stroh

wird gesucht.

Molkerei Altensteig.

Wir suchen verkäufliche Häuser

an beliebigen Plätzen, mit und ohne
Geschäft, behufs Unterbreitung an
vorbemerkte Käufer. Besuch durch
uns kostenlos. Nur Angeb. v. Selbst-
eigentümern erwünscht a. d. Verlag v.
Vermiet- u. Verkaufszentrale
Frankfurt a. M. Hausbahn.

Altensteig.



Flobertpistolen
Autom. Pistolen
Zimmerstinten
Jagdgewehre
Jagdpatronen
Thermosflaschen

sind in reichster Auswahl ein-
getroffen bei

Lorenz Luz jr.
Tel. Nr. 46.

Altensteig.

Stridgarne

solange Vorrat bei

C. Fril.

Kirchliche Nachrichten.

3. Sonntag u. Ersch., 26. Jan.
So. Gottesdienst in der Kirche
um 10 Uhr. Katechismus-
sprechen der Mädchen.lieder:
170, 463. Darauf Kindergottes-
dienst. 12 Uhr Christenlehre:
Luther.

Donnerstag abends 8 Uhr Bibel-
stunde im Jugendheim.

Gemeinschaft Jugendheim.
Sonntag Abends 8 Uhr Versamm-
lung

Altensteig.

Geschäfts-Empfehlung.

Der geehrten Einwohnerschaft von hier und
Umgebung zur Kenntnis, daß ich von heute an
mein Geschäft wieder in meiner Wohnung auf-
nehme und bitte um geneigtes Wohlwollen. Es
wird mein Bestreben sein, meine Kundschaft wie-
der pünktlich und reell zu bedienen.

Ludwig Kappler
Schuhmacher.

Stadt Rothen.

Oberweiler-Simmeröfeld.

Hochzeits-Einladung.

Wir laden unsere lieben Verwandten und Bekannten zu unserer
Hochzeitsfeier auf

Donnerstag, den 30. Januar 1919

in das Gasthaus zum Löwen in Simmeröfeld

freundlich ein

Adam Friedrich Blais

Sohn des
Joh. Gz. Blais, Holzhauer,
in Oberweiler.

Christine Braun

Tochter des
Joh. Gz. Braun, Holzhauer,
in Simmeröfeld.

Ausgang um 11 Uhr in Simmeröfeld.

Wand-Kalender

empfehlen die

W. Nieker'sche Buchhldg.

Altensteig.

Einen noch gut erhaltenen, dunkelbl.

Ueberzieher

hat zu verkaufen.

Wer? — sagt die Red. ds. Bl.

Einem gut erhaltenen

Ofen

mit Vorherd

solange eine

Futterschneid- Maschine

verkauft

Schreiner Welker
Altensteig-Dorf.



Landwirte.

Wer Backofen, Backherde
oder Fleischräucher anschaffen
will, verlange sofort Preis-
liste von

Johs. Werner
Ragold.

Bäder-Lehrling

Orientlicher und reinlicher Junge
kann bis 1. Mai oder nach Ueber-
einkunft eintreten als Lehrling bei

R. Gänfle

Brot- u. Feinbäckerei
Stuttgarter-Dörflein
Landhausstr. 198.

Haushälterin oder Köchin

bei hohem Lohn

gesucht.

Sofort. Eintritt.

Frau Richard Gerstner
Pforzheim,
Goethestr. 14.

Gesucht

wird auf 1. Februar ein zuver-
lässiges, ev.

Mädchen

aus guter Familie, im Alter von
16-18 Jahren, für kleineren Haus-
halt. (Landhaus.)

Frau Alfred Manz
Neuenbürg a. G.